

Anfrage der FDP für die Sitzung des Rates der Stadt Bielefeld am 11.06.2020

Welche Möglichkeiten sieht die Verwaltung, über Kontakte in unsere Partnerstadt Rzeszów unsere Solidarität mit LSBTIQ*-Menschen zu verdeutlichen und homophoben, diskriminierenden und diskreditierenden Beschlüssen entgegen zu treten?

Bielefeld und die polnische Stadt Rzeszów sind seit 1991 städtepartnerschaftlich verbunden. Die Städtepartnerschaft wird von beiden Seiten intensiv gepflegt und auf den verschiedenen Ebenen der Stadtgesellschaft gelebt.

Die Ausrufung von „LGBT-freien Zonen“ in Polen beobachten wir seit längerer Zeit mit Sorge. Erfreulicherweise hat der Stadtrat in Rzeszów am 12.06.2019 einen Antrag der Partei PIS, Rzeszów zur „LGBT freien Zone“ zu erklären, abgelehnt. Der Stadtrat hat sich damit bewusst und eindeutig gegen einen homophoben, diskriminierenden und diskreditierenden Beschluss gestellt.

Die Stadt Bielefeld unterstützt die Partnerstadt Rzeszów in ihrer Haltung, sich der Bewegung der „LGBT-freien Zonen“ nicht angeschlossen zu haben, ausdrücklich.

Zusatzfrage: Steht die Verwaltung im Austausch mit anderen Städten und Gemeinden in OWL oder NRW mit Partnerstädten in Polen, um ein koordiniertes Vorgehen bzw. einen gemeinsamen Appell gegen die LSBTIQ*-feindlichen Bestrebungen in Polen zu vereinbaren?

Die Verwaltung steht über ihre Netzwerke im Austausch mit anderen Städten in NRW.

Der Oberbürgermeister hat nach dem Votum der Partnerschaftskommission vom 17.06.2020 den offenen Brief des europäischen Dachverbandes Council of European Municipalities and Regions (CEMR) mitunterzeichnet, in dem auf die Situation von Homo-, Bi-, Trans- und Intersexuellen Personen in Polen aufmerksam gemacht wird.